Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Nr. 72. Jahrgang 200.

Bezugspreis f. Halle u. Vororte 2,50 Mk., durch d. Post bezogen 2 Mk. f. d. Vierteljahr. Post-Zeitungsliste Nr. 3259. Die Hall. Ztg erscheint wöchentlich zwölf mal. – Gratis-Beilagen: Hall. Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilung.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile od. deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigenannahme d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Verantwortlich: Dr. Walther Schwiedeweg in Halle a. S.

Dienstag, 12. Februar 1907.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon-Amt VIa Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 12. Februar.

* **Allgemeine Erhöhung der Beamtengehälter?** Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses bereitet einen Antrag vor, der die Einsetzung einer besonderen Kommission zur Prüfung der Gehalts- und Diensteinkommensverhältnisse sämtlicher vom Staate angestellten Personen verlangt. Dieser Kommission, deren Hauptaufgabe es sein soll, eine allgemeine Erhöhung der Beamtengehälter in die Wege zu leiten, sollen sämtliche Petitionen, die Gehaltsfragen betreffen, überwiesen werden. Dadurch soll die Budgetkommission entlastet werden.

* **An der Generalversammlung des Bundes der Landwirte,** die am Montag in Berlin im Zirkus Busch stattfand, nahmen 5000—6000 Personen teil. Der Vorsitzende des Bundes, Freiherr v. Wangenheim, führte in seiner Eröffnungsrede aus, daß seit dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge sich ein ungeahnter wirtschaftlicher Aufschwung vollzogen habe. Auch für die deutsche Landwirtschaft sei jetzt bessere Zeit; aber infolge der günstigen Konjunktur seien die Landarbeiterlöhne fast ins Unerschwingliche gestiegen. Reichstagsabgeordneter Rösicke erklärte die Brot- und Fleisch-Verteuerung für eine sozialdemokratische Phrase. Bei den Wahlen habe die Nation gegen die Sozialdemokratie Front gemacht. Bundesdirektor Diederich Hahn erstattete den Geschäftsbericht. Dr. Oertel sprach über die Handelsbeziehungen zum Auslande und empfahl die Annahme folgender Resolution: „Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte betrachtet weitere Abschwächungen des deutschen Zolltarifes als ausgeschlossen. Jedwede Verhandlung über den Abschluß eines Handelsvertrages darf nur unter der Anerkennung dieses Grundsatzes geführt werden.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen und darauf die Generalversammlung geschlossen. (Ausführlicher Bericht folgt.)

* **Von der kaiserlichen Familie.** Der Kaiser, der Kronprinz und Prinz Adalbert, die im Stadtschloß zu Potsdam übernachtet hatten, begaben sich Sonntag morgen zusammen nach der Garnisonkirche, wo sie dem Gottesdienst beiwohnten; dort war auch Prinz Oskar eingetroffen. Nach dem Gottesdienste begaben sich die Herrschaften nach dem Offizierkasino des 1. Garde-Regiments zu Fuß. Sodann fuhr der Kaiser mit dem Prinzen Adalbert um ½12 Uhr im Automobil nach Berlin. Nach der Audienz der Präsidien des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses empfing der Kaiser den Geh. Baurat Ihne. Zur Frühstückstafel waren geladen Prinz und Prinzessin Albert zu Schleswig-Holstein-Glücksburg und Graf und Gräfin Ysenburg-Meerholz. Nachmittags machten beide Majestäten einen Spaziergang im Grunewald. Montag morgen unternahm der Kaiser mit dem Prinzen Adalbert einen Spaziergang im Tiergarten, besuchte den Reichskanzler und hörte im Königlichen Schloß den Vortrag des Stellvertreters des Chefs des Zivilkabinetts Geh. Regierungsrats v. Eisenhart-Rothe. Zum Frühstück folgte Se. Majestät einer Einladung des Prinzen Albert zu Schleswig-Holstein-Glücksburg.

* **Die Präsidien des Landtags beim Kaiser.** Die Audienzen der Präsidien des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses beim Kaiser und der Kaiserin fanden Sonntag mittag 12¼ Uhr im Berliner Schlosse statt. Zuerst wurde das Herrenhaus-, dann das Abgeordnetenhauspräsidium vom Kaiser empfangen. Beide Präsidien machten von der Konstituierung der beiden Kammern Meldung. Der Kaiser und die Kaiserin, welche die Präsidien später empfing, waren sehr leutselig. Der Kaiser berührte die Politik nur kurz, indem er sich nach dem Stande der Arbeiten des Landtags erkundigte und ihnen guten Fortgang wünschte. Den Ausfall der Reichstagswahlen erwähnte der Kaiser nicht. Sonst berührten der Kaiser und die Kaiserin noch viele andere Themata, auch die augenblicklichen Schneeverhältnisse.

Reichskanzler — Wahlen — Nationale Presse.

In der Antwort auf das Glückwunschschreiben des Herausgebers der „Deutschen Zeitung“, zum Ergebnis der Wahlen sagt der Reichskanzler:

„Ich stehe nicht an, ein sehr wesentliches Verdienst an dem günstigen Ausgange dieses Kampfes dem auf das Ganze blickenden, von Sonderrücksichten nicht gehemmten Wirken der unabhängigen nationalen Presse zuzuschreiben.“

* **Die Reichstagsnachwahl in Mühlhausen-Langensalza,** die bekanntlich durch die doppelte Wahl des Abg. Eickhoff nötig geworden ist, wird noch im Laufe des Februar stattfinden. Wahrscheinlich wird auch eine Stichwahl stattzufinden haben. Frhr. v. Zedlitz und Neukirch wird auch bei der Nachwahl kandidieren.

* **Angefochtene Wahl.** Nach dem amtlichen Ergebnis der Reichstagsstichwahl in Bochum sind 4681 abgegebene Stimmen ungültig gewesen. Die nationalliberale Partei wird der „F. Z.“ zufolge die Wahl Hues anfechten, weil mehr als die Hälfte dieser ungültigen Stimmen dadurch entstanden ist, daß angeblich von sozialdemokratischer Seite Stimmzettel verbreitet worden sind, auf denen der Name des nationalliberalen Kandidaten Haarmann statt mit zwei a nur mit einem a geschrieben war.

* **Wahlprotest.** Gegen die Wahl des einzigen welfischen Reichstagsabgeordneten Götz v. Olenhusen ist, wie der „Hann. Cour.“ meldet, von Wählern in Dransfeld Protest eingelegt worden, weil die Stimmzettel um etwa 2 Zentimeter kleiner gewesen sind, als das Wahlreglement vorschreibt (9 zu 12 Zentimeter).

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung vom 11. Februar.

Am Ministertische: von Bethmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Entwurfes eines Wanderarbeitsstättengesetzes.

Die Frage der Fürsorge für Wanderarme hat den Landtag bereits wiederholt beschäftigt, ohne daß es jedoch bisher zu einem Eingreifen der Gesetzgebung gekommen wäre. Bei der Ausgestaltung dieses besonderen Zweiges der Armenfürsorge haben sich bisher zwei Systeme herausgebildet, das Verpflegungsstationssystem und das Wanderarbeitsstättensystem. Das erstere System beruht auf der Anlegung eines engmaschigen Netzes von Verpflegungsstationen an allen größeren Straßen des Landes. Das System der Wanderarbeitsstätten beruht demgegenüber auf dem Gedanken, daß Stationen für Arbeit suchende Wanderer nur an einigen wenigen größeren Orten eines Bezirkes eingerichtet werden, wobei diese Wanderarbeitsstätten durchweg mit Arbeitsnachweisen und die Arbeitsnachweise wiederum miteinander verbunden werden, so daß für den in eine Wanderarbeitsstätte eintretenden arbeitsuchenden Wanderer sogleich ein ausgebreitetes System organisch zusammenhängender Arbeitsnachweise in Tätigkeit tritt. Die Wanderarbeitsstätten sollen gewissermaßen Aufsaugestationen für alle in ihrem Umkreis befindlichen arbeitsuchenden Wanderer sein. Nach dem Gesetzentwurf soll der Provinziallandtag das Recht haben, Land- und Stadtkreise zur Anlage von Wanderarbeitsstätten zu verpflichten. Die Kosten soll die Provinz zu zwei Dritteln tragen, während das letzte Drittel der Kreis aufbringen soll.

Minister des Innern **von Bethmann-Hollweg:** Wir sind den vom Landtage wiederholt geäußerten Wünschen nachgekommen und haben den vorliegenden Gesetzentwurf eingebracht. Das Thema ist im preußischen Landtage schon so oft behandelt worden, daß ich auf Einzelheiten nicht eingehen brauche. Die Regierung hat sich nicht dazu verstehen können, sich an den Kosten zu beteiligen, wie es der derzeitige Antrag des Abg. von Bodelschwingh im Jahre 1904 gefordert hat. Sie ist aber bereit, gewisse Mittel zur mittelbaren Förderung des Wanderarbeitsstättenlebens zu geben. Direkt finanziell sich dabei beteiligen, kann sie nicht, das ist Sache der Armenpflege. Sie ist aber bereit, für die Arbeitsnachweise mehr Mittel als bisher bereit zu stellen. Der Staat hat schon bisher die Arbeitsnachweise mit Beihilfen bedacht und er ist bereit, weitere Arbeitsnachweise einzurichten und mehr dazu beizutragen, wie es bisher geschieht. Auch die Eisenbahnverwaltung hat sich geneigt erklärt, zur Förderung des Wanderarbeitsstättengesetzes weiter entgegenzukommen, und der Eisenbahnminister will eine weitere Herabsetzung der Eisenbahntarife für die vierte Klasse für die Wanderarmen bewilligen. Es wird gelingen, die Wanderarmen von den Landstraßen zu entfernen und auf die Eisenbahnen überzuführen, ein Wunsch, der im Armenwesen eine große Rolle spielt. Wir sind uns alle klar darüber, daß der Entwurf, wie er uns vorliegt, eine Lösung der sehr schwierigen Wanderarmenfrage nicht enthält. Er gibt nur Anregungen und den Weg an, auf dem man arbeiten soll. Hoffentlich führt er zu dem Ziele der völligen Lösung der wichtigen Frage der Wanderarbeitsstätten.

Abg. **von Schmeling** (kons.): Die Aufgabe des Gesetzentwurfes soll es sein, die Wanderarmen nicht nur zeitweise von der Landstraße zu entfernen, sondern ihnen dauernd Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Infolgedessen ist das bisherige System der Verpflegungsstationen bis auf einen kleinen Rest verschwunden. Der Minister hat in seiner Begründung ausgeführt, daß er mit Entschiedenheit auf dem Standpunkte stehe, daß eine Mithilfe des Staates nicht in Frage kommen könne, da es sich um Aufgaben der Armenpflege handle. Darin kann ich dem Minister aber nicht im geringsten Recht geben. Es muß auch seine Aufgabe sein, hier helfend einzugreifen. Meine Freunde stehen im Prinzip dem Entwurfe wohlwollend gegenüber. Das Hauptgewicht muß aber auf die Beschaffung der Arbeitsgelegenheit gelegt und infolgedessen eine ausgleichende Tätigkeit des Staates sicher gestellt werden. (Sehr richtig!) Ich würde die Ueberweisung des Entwurfes an die Gemeindekommission empfehlen. (Beifall.)

Abg. **Dr. Schroeder**-Kassel (natl.) ist mit den Zielen des Entwurfes einverstanden, macht aber ernste Bedenken geltend. Auch daß der Staat sich nicht direkt an den Kosten beteiligen wolle, bedauert er. Stets waren alle Parteien darin einig, daß der Staat angemessen sich finanziell beteiligen müsse. Leider sei im Entwurf keine Rücksicht auf diesen Wunsch des Hauses genommen worden. Hoffentlich zeige der Eisenbahnminister bei der Herabsetzung der Tarife 4. Klasse für Wanderarme das mögliche Entgegenkommen. Redner wünscht die Verweisung des Entwurfes an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern. Meine politischen Freunde sind nur bereit, das Gesetz anzunehmen, wenn sich der Staat finanziell dabei beteiligt. (Beifall bei den Natl.)

Abg. **Brütt** (freik.): Auf die praktische Durchführbarkeit kommt es bei dem vorliegenden Gesetzentwurfe ganz besonders an. Deshalb liegt der Vorschlag nahe, der schon vor zwei Jahren gemacht wurde, daß man diesen Gesetzentwurf auf den Regierungsbezirk Kassel und die Provinz Westfalen beschränkt. Wenn man diesen Weg beschreitet, so sind alle wesentlichen Schwierigkeiten gelöst, zunächst die Geldfrage. Würde man das vorliegende Gesetz auf den Regierungsbezirk Kassel und die Provinz Westfalen beschränken, so wäre schon ein erheblicher Teil des Geldes da, nämlich beim Handelsministerium zur Förderung der nichtgewerbsmäßigen Arbeitserweiterung 40 000 Mk., beim Ministerium des Innern 66 556 Mk. für Prämien und sonstige verschiedene Ausgaben. Diese Prämien sollen aber nach den Erläuterungen der früheren Jahre besonders auch für die Erhaltung und Ausdehnung von Arbeitsstätten mit Arbeitsnachweis verwendet werden. Das Gesetz strebt zwei Ziele an: erstens Arbeitsstätten und zweitens Arbeitsvermittelung. Die Bedenken gegen die Arbeitsstätten sind schon so häufig erörtert, daß hauptsächlich jetzt die Arbeitsvermittelung in Frage kommt und ihre praktische Durchführbarkeit.

Minister **v. Bethmann-Hollweg:** Es scheint mir, daß gewisse Punkte in der Gesetzesvorlage übersehen worden sind. Das Gesetz ist kein sozialpolitisches Gesetz. Der Entwurf will auch gar nicht die Verpflichtung auf sich nehmen, die Wanderarmenfrage zu lösen. Wenn wir den Kern der Entstehungsgeschichte herausnehmen, so ergibt sich, daß die Provinz Westfalen zuerst eine Regelung der Wanderarmenfürsorge durch Gründung von Wanderarmenstätten vorgenommen hat. Sie besorgte aber, daß durch den Widerstand einzelner Kreise eine einheitliche Regelung unterbunden würde. Durch den Mund des Abg. v. Bodelschwingh wurde dann vor zwei Jahren eine gesetzliche Bestimmung gewünscht, wonach widerstrebende Kreise gezwungen werden konnten, solche Einrichtungen zu treffen. So entstand dieser Gesetzentwurf, der eigentlich nichts weiter bestimmt, als daß die Provinzen widerstrebende Kreise zur Errichtung von Wanderarbeitsstätten zwingen können. Wir versuchen keine Lösung der Wanderarmenfrage. Es ist also nicht möglich, daß aus dem allgemeinen Staatssäckel Gelder dafür flüssig gemacht werden. Die Frage ist noch nicht soweit, daß wir Wanderarbeitsstätten obligatorisch vorschreiben. Wir werden aber mit diesem Gesetzentwurfe weiter kommen, wenn die Provinzen dazu bereit sind.

Abg. **Schmedding** (Ztr.): Ich kann nich meinem Vorredner darin ganz anschließen, daß es sich bei diesem Gesetze nicht um einen Akt der Armenpflege, sondern um ein sozialpolitisches Gesetz handelt. Es wäre Aufgabe des Staates, Mittel zur Ausführung dieses Gesetzes bereit zu stellen. Daß die Wohltaten des Gesetzes nicht allein den Landarmen zugute kommen sollen, geht aus der ganzen Entstehungsgeschichte des Entwurfes hervor. Wir werden den Entwurf in der Kommission näher prüfen.

Abg. **Graf Wartensleben**-Rogäsen (kons.): Der Hauptwert des Gesetzes liegt darin, daß endlich durch eine Zentralstelle die Fürsorge für die Wanderarmen gesetzlich geregelt wird. In der Provinz Sachsen sind mit großen Opfern die Verpflegungsstationen eingerichtet worden. Aber da die Zentralinstanz gefehlt hatte, kam die Sache immer mehr und mehr in Unordnung. Es wurden aber die Verpflegungsstationen immer mehr Unterstützungsstellen für das Vagabundenwesen. Sehnsüchtig wartet man jetzt darauf, daß eine gesetzliche Regelung kommt. Auch ich bin damit einverstanden, daß die Frage nicht vom rechtlichen, sondern vom sozialpolitischen Standpunkte aus angefaßt werden müßte. Der Ansicht des Ministers kann ich nicht beitreten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **von Bodelschwingh** (b. k. Fr.): Meine lieben Herren Freunde! Mein Herz ist fröhlich, denn jetzt gehts vorwärts! Die Armen strecken die Hände aus, und wir wollen sie füllen. Aber die Regierung soll uns helfen dabei, wir sind ja so bescheiden in unseren Forderungen. Der Minister ist doch sonst ein so guter Mann, er hat schon manches Angeld für den Zweck gegeben. (Es geht aber nicht, daß jede Provinz ihre eigene Sache habe, dann geht alles durcheinander. Hätte man meinen Antrag vor zwei, drei Jahren angenommen, dann wären wir jetzt schon weit. Das Elend ist ja so groß! Mir stehen die Haare zu Berge (Heiterkeit), wenn ich einen Menschen auf der Straße herumlungern sehe. Schafft ihm eine Unterkunft! Das ist Eure Pflicht. Bisher laufen die freiwilligen Gaben für die Sache musterhaft ein, aber es reicht schon nicht mehr aus. Darum haltet Eure Beutel nicht fest! Möge die Kommission die Provinzen zwingen, Wanderarbeitsstätten zu schaffen. Auch in Berlin ist das Elend groß. Lieber Freund Fischbeck, paß mal auf! (Große Heiterkeit.) Gestern haben 4252 Menschen vor dem Asyl gestanden und konnten nicht herein. Kann das nicht anders werden? In Hamburg und anderen Städten geht es ebenso zu. Helft den Notleidenden, es darf kein Deutscher jemals zugrunde gehen. Wenn man die Leute auf die Straße setzt, dann macht man sie zu Bettlern. Gebt ihnen drum eine Unterkunft und Arbeitsstätte. Lieber Freund Fischbeck, sorge wenigstens, daß das in Berlin geschieht. Berlin ist ja schon jetzt ein schönes Vorbild. Auch sollte man die armen Leute nicht gleich vor den Richter führen, wenn sie eine Arbeit abschlagen. Lassen wir die reine Menschlichkeit walten und die Armen nicht versinken. Was du tun willst aber, tue bald! Zeigt Liebe und Güte gegen meine armen Brüder auf der Straße. (Beifall rechts.)

Abg. **Witzmann** (natl.) berichtet über die günstigen Erfahrungen mit Wanderarbeitsstätten und Arbeitsnachweisen im Liegnitzer Bezirk.

Abg. **Gyßling** (frs. Vp.): Die Wanderarmen kommen in Scharen in die großen Städte, so daß diese sich ihrer gar nicht erwehren können. Herr von Bodelschwingh sollte mehr mit dem Kopfe als mit dem Herzen bei der Sache sein, denn wie soll für die vielen Tausende Arbeit beschafft werden? Das Gesetz bietet wenig an Inhalt und an Geld gar nichts. Dabei sollte der Staat sich bewogen fühlen, finanziell einzugreifen. Das Gesetz hat nicht durchaus den Charakter der Armenpflege, denn man wird doch in der Wanderarbeitsstätte keinen zurückweisen, der arbeitslos ist, aber noch ein paar Groschen hat. Das Gesetz hat für den Osten eine ganz andere Bedeutung wie für den Westen. Wegen dieser Verschiedenheit der Verhältnisse werden auch wir der Ueberweisung an eine besondere Kommission zustimmen. In Gegenden, wo die kommunalen Lasten besonders drückend sind, wird die Hilfe des Staates ohne weiteres nötig sein. Den Grundlagen des Gesetzes stimmen wir von vornherein zu. Aber in der Kommission werden gründliche Beratungen stattfinden müssen, damit so viel als möglich daran verbessert wird und das Gesetz die hohen Zwecke erfüllen kann, die es erreichen soll. Im Prinzip ist es klar, daß der Staat einen Zuschuß zu dem Zwecke zahlen muß. Bei der Frage der Errichtung von Wanderarbeitsstätten sollten die Regierungen einen Druck auf die Provinzen ausüben.

Der Entwurf wird einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Aenderung des Hannoverschen Gesetzes über die Zusammenlegung der Grundstücke.

Das Gesetz soll nur in einem Punkte geändert werden. Aus dem § 11 des Gesetzes, der die Forsten, Torfmoore, Gehöfte und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190702122-12/fragment/page=0001

Gärten usw., die in Gehöften gelegen sind, von der Verkoppelung ausschließt, sollen die Torfmoore ausgeschlossen werden. Hinsichtlich der Torfmoore hatte diese Ausschließung ihren Grund darin, daß diese zur Zeit des Erlasses des Gesetzes als zur „Agrarkultur" nicht geeignet angesehen wurden. Dieser Grund ist jetzt weggefallen, nachdem es der landwirtschaftlichen Technik, insbesondere durch Anwendung der künstlichen Düngemittel, gelungen ist, die Moore zur landwirtschaftlichen Benutzung als Acker, Wiese und Weide geeignet zu machen.

Abg. **v. Heimburg** (kons.): Im Laufe der Jahre sind durch die landwirtschaftliche Technik und Chemie aus Torfmooren blühende Ackerfelder, Weiden und Wiesen geschaffen worden, sodaß keine Veranlassung heute mehr vorliegt, sie anders zu behandeln als die übrigen dem Verkoppelungszwange unterliegenden Grundstücke. Meine politischen Freunde werden dem Gesetzentwurfe auch ohne Kommissionsberatung zustimmen. Ob man so weit gehen kann, wie die Wünsche lauten, kann zweifelhaft sein, da in Holland, das doch das Mutterland für Moorkulturen ist, man nicht soweit in der Einschränkung des Eigentums gegangen ist. Soviel mir bekannt ist, ist der von der Regierung durch Gesetz festgelegten provinziellen Regelung bisher nur in den Provinzen Drentheim und Groningen Gebrauch gemacht worden.

Abg. **v. Hagen** (Ztr.) beantragt Ueberweisung des Entwurfes an die Agrarkommission.

Abg. **Dr. v. Woyna** (freikons.) schließt sich dem Antrage an, ebenso Abg. **Glatzel** (natl.), der Bedenken wegen einer Schädigung der Torfmoorbesitzer geltend macht.

Ein Regierungskommissar erklärt diese Bedenken für unbegründet.

Abg. **Gyßling** (frs. Vp.): Es muß doch untersucht werden, ob die Torfmoore wirklich nutzbar gemacht werden. Wir stimmen daher der Ueberweisung an die Kommission zu.

Der Entwurf wird an die Agrarkommission überwiesen.

Es wird d ann die zweite Beratung des Entwurfes des Staatshaushalts für das Etatsjahr 1907 beim Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung fortgesetzt.

Das Kapitel „Förderung der Fischerei" wird bewilligt.

Beim Kapitel „Landesmeliorationen, Moor-, Deich-, Ufer- und Dünenwesen" wünscht

Abg. **v. Hagen** (Ztr.) eine Melioration der großen Moorflächen in Hannover an der niederländischen Grenze. Das Interesse für die Erschließung der Moorkulturen ist stetig im Wachsen begriffen.

Ein Regierungskommissar erklärt, daß die Regierung diese Meliorationsbestrebungen nach Möglichkeit unterstützen werde.

Abg. **Kriege-Bentheim** (freikons.) wünscht die baldige Inangriffnahme einer Regulierung der Vechte.

Ein Regierungskommissar macht darauf aufmerksam, daß die Vorarbeiten bereits in Angriff genommen seien.

Abg. **Just** (natlib.) bittet um eine Regulierung der Gehälter der Deichvögte.

Ein Regierungskommissar sagt zu, daß der Gehalt der Deichvögte erhöht werden solle; die Tagegelder sollen aber niedriger werden. Diese Mindereinnahme werde aber durch Aufrücken in höhere Gehaltsstufen ausgeglichen.

Beim Titel „Ausführung des Gesetzes betreffend Schutzwaldungen und Waldgenossenschaften, sowie Förderung der Wald- und Wiesenkultur" wünscht

Abg. **Tourneau** (Ztr.) die Aufforstung des Eichsfeldes, da infolge der Entwaldung durch schwere Wasserkatastrophen großer Schaden entstanden sei.

Beim Titel „Ausführung des Gesetzes betreffend Schutzmaßregeln im Quellgebiete der linksseitigen Zuflüsse der Oder in Schlesien" fordert

Abg. **Bänsch-Schmidtlein** (freik.) Schutz gegen die Wasserschäden, von denen Schlesien in besonders hohem Maße betroffen werde; die staatlichen Beihilfen seien zu gering. Geld sei doch dazu vorhanden. Jetzt bewillige die Regierung nur Geld zur Aufforstung von Oedländereien. Der Landwirtschaftsminister sollte doch dem Finanzminister nicht das Geld abliefern, das aus dem Verkauf von Forsten eingekommen. (Heiterkeit.)

Landwirtschaftsminister **v. Arnim-Criewen**: Ich stehe allen Anregungen sehr wohlwollend gegenüber. Ich kenne die Schäden, die das Hochwasser hervorruft, aus eigener Erfahrung und weiß, wie nützlich die Aufforstungen sind. Ich werde auch in Zukunft diese Aufforstungen möglichst unterstützen. Hoffentlich können aus dem Dispositionsfonds Mittel flüssig gemacht werden, sonst müssen die Provinzen eingreifen. Die Aufforstung wird von Forstbeamten revidiert, das ist Vorschrift. Der Ankauf solcher Landstrecken ist sehr schwierig, da meist unmäßige Preise gefordert werden. Was an mir liegt, wird geschehen. (Beifall rechts.)

Abg. **Bänsch-Schmidtlein** (freik.): Wenn dem Staat zu hohe Preise gestellt werden, dann sollte er den Ankauf durch dritte Personen besorgen lassen.

Titel „Förderung genossenschaftlicher und kommunaler Flußregulierungen".

Abg. **von Pritzwitz** (kons.): Im Namen meiner Freunde soll ich die Regierung bitten, den Fonds für Meliorationen und Flußregulierungszwecke bedeutend zu erhöhen, da sich das Bedürfnis dafür im höchsten Maße herausgestellt hat. Das Personal, welches sich im Laufe der Zeit gebildet hat, ist hervorragend. Ganz besonders möchte ich die Meliorations-Bauwarts hervorheben, die sich ausgezeichnet bewährt haben durch ihre praktische und technische Vorbildung. Infolgedessen ist in den Provinzen ein weit größeres Verlangen nach staatlich auszuführenden Meliorationen vorhanden und die Provinzialvertretungen stellen zu diesem Zwecke sehr viel höhere Mittel zur Verfügung. Wenn nun wieder jetzt von einer Provinz, wie z. B. Westfalen zu diesem Zwecke 145 000 Mk. zur Verfügung gestellt worden sind und tatsächlich durchschnittlich für jede Provinz nur 55 000 Mk. disponibel sind, so müssen natürlich eine Menge notwendiger Flußregulierungen unterbleiben, die doch im öffentlichen Interesse liegen. Gerade die Erfahrungen in meiner Heimatprovinz Schlesien beweisen, wie wichtig rechtzeitige Fürsorge auf diesem Gebiete ist.

Landwirtschaftsminister **v. Arnim**: Auch ich halte die Fonds nicht für ausreichend und werde mich bemühen, sie zu erhöhen. (Beifall.)

Abg. **Braemer** (freik.) wünscht, daß höhere Mittel im Etat eingestellt werden zur Flußregulierungen.

Abg. **Wallenborn** (Ztr.) bringt gleiche Wünsche vor.

Abg **Heisig** (Ztr.) wünscht Regulierung der Klodnitz bei Neiße.

Ein Regierungskommissar sagt weitgehendste Berücksichtigung zu.

Das Kapitel wird bewilligt.

Kapitel „Allgemeine Ausgaben".

Abg. **v. Heimburg** (kons.) wünscht eine energische Bekämpfung des Heu- und Sauerwurms in der Nähe von Geisenheim. Man sollte vielleicht ein Preisausschreiben erlassen, um ein Bekämpfungsmittel zu erhalten.

Minister **v. Arnim**: Untersuchungen sind im Gange. Ein Preisausschreiben halte ich nicht für vorteilhaft.

Abg. **v. Lucke-Büttnershof** (kons.) spricht sich ebenfalls für eine schärfere Bekämpfung des Sauerwurms aus.

Der Titel wird bewilligt.

Damit ist das Ordinarium erledigt.

Bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben werden verschiedene örtliche Wünsche vorgebracht.

Um 3/4 5 Uhr wird die weitere Beratung auf Dienstag 11 Uhr vertagt. Außerdem Fortsetzt und Etat der Domänenverwaltung.

Ausland.

Rußland.

Verschiedenes.

Nach den bis Montag eingegangenen Meldungen sind insgesamt 1838 Wahlmänner zweiten Grades gewählt. Davon sind 1250 Monarchisten, 770 Gemäßigte, 1957 Angehörige der Linken, 320 Nationalisten, 328 Parteilose und 213 von unbekannter Parteistellung. Der Oktobristenführer Gutschkow, der in Moskau kandidierte, ist endgiltig durchgefallen.

Zwei Frauen namens Terentieff und Klimoff, die der Teilnahme an dem Mordanschlag gegen Ministerpräsident Stolypin in dessen Villa am 25. August v. J. angeklagt waren, sind zum Tode verurteilt, von dem Gehilfen des Chefkommandanten des Militärbezirks Petersburg aber zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt worden.

Montag früh überfielen zehn bewaffnete Personen in Moskau einen nach der Reichsbank fahrenden Kassenboten einer Kronsbranntwein-Niederlage und entrissen ihm 51 000 Rubel. Als sie verfolgt wurden, ließen sie einen Sack mit 7000 Rubel fallen.

Niederlande.

Geschäftsträger in Tanger.

Der ehemalige Legationsrat bei der niederländischen Gesandtschaft in Berlin Ritter von Rappard ist zum Geschäftsträger in Tanger ernannt worden.

Demission des Kabinetts.

Das Gerücht, das Kabinett de Meester habe in seiner Sitzung am 11. cr. beschlossen, in seiner Gesamtheit zu demissionieren, wird offiziös bestätigt. Heute, Dienstag, wird das Kabinett in der Zweiten Kammer von seinem Rücktritt offiziell Mitteilung machen.

China.

Sir Robert Hart.

Die „North China Daily News" meldet, daß Sir Robert Hart nur einen lange aufgeschobenen Urlaub antritt und sich nach England begibt, daß er aber nicht seinen Posten aufgibt.

Aus Nah und Fern.

Schwerer Eisenbahnunfall. Aus Penzig wird amtlich unterm 11. Februar gemeldet: Bei Einfahrt des Personenzuges 444 von Kohlfurt um 1 Uhr 16 Min. nachmittags entgleisen bei Km. infolge Bruches der Mittelachse an dem hinter dem Packwagen laufenden Postwagen die drei folgenden Personenwagen. Ein Personenwagen vierter Klasse stürzte um. Hauptgleis Kohlfurt—Penzig auf etwa 6 Stunden gesperrt. Betrieb eingleisig aufrechterhalten. Zwei Personen erheblich, zwölf Personen leicht verletzt. Materialschaden unerheblich. — Bei Redaktionsschluß wird noch aus Görlitz amtlich gemeldet: Bei dem Penziger Unfall am 11. cr. wurden schwer verletzt: Margarete Voigt aus Lorenzdorf, Kreis Bunzlau und Emma Schmidt aus Seifersdorf, Kreis Görlitz. Eine Gefahr für ihr Leben besteht nicht.

Seltene Naturerscheinung. Die Eydtkuhner „Neuesten Nachrichten" melden: Eine seltene Naturerscheinung war am Sonnabend gegen 6 Uhr abends zu beobachten. Der nördliche Himmel erstrahlte in intensivem Licht, welches in breiten violettrötlichen mit bläulich-weißen senkrechten Streifen abwechselte und bis zu 40 Grad hinauf den Himmel bedeckte. Die Erscheinung dauerte etwa eine halbe Stunde.

Der durch die Explosion im Arsenal von Woolwich angerichtete Schaden wird auf 20 000 Pfund Sterling geschätzt; 200 Häuser und Läden wurden beschädigt.

Der deutsche Dampfer „Royal", der von Cardiff nach Genua bestimmt war, lief am 11. cr., von einem italienischen Dampfer geschleppt, mit Beschädigungen an der Maschine und an der Schiffsschraube in Alicante ein.

Der Postdampfer „Laos", von Indochina kommend, ist am Sonnabend bei Croisic (Loire Inférieure) gestrandet und vollständig verloren; die Mannschaft wurde gerettet.

Todesfälle. Der Maler Monchablon und der Ingenieur Serpollet sind am Montag in Paris gestorben.

26 000 Mark geraubt. Die „Pfälzische Presse" meldet aus Mutterstadt: In der Nacht zum Sonntag wurde in der hiesigen Spar- und Darlehnskasse eingebrochen. 24 000—26 000 Mark sind geraubt; von den Tätern fehlt jede Spur.

Von einem Eisenbahnzuge überfahren wurde in Eggersdorf das Gefährt des Kommissars Engel. Die Frau Engels wurde auf der Stelle getötet, Engel schwer verletzt.

In einen Schacht stürzten auf Zeche Anna in Altmessen zwei verheiratete Bergleute. Beide waren sofort tot; einer hinterläßt Frau und acht Kinder.

Liebesdrama. In Hannover schoß der Klempnergeselle Bohl auf seine Landsmännin, die Plätterin Aurien. Er wollte sie zum Ausgehen abholen, sie lehnte dies jedoch ab, da sie von ihm nichts mehr wissen wollte. Infolgedessen schoß er auf sie und verwundete sie schwer. Er selbst tötete sich durch einen Schuß in die Schläfe.

Unglück beim Sprengen. In der Guidogrube bei Zabrze waren die Arbeiter Maschek und Midzjol mit dem Aussprengen einer neuen Maschinenstuhe beschäftigt. Einzelne Schüsse gingen vorzeitig los. Maschek wurde vollständig zerstückelt, Midzjol erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Eine Feuersbrunst zerstörte in Steiner (Kanton Thurgau) mehrere Wohnhäuser. Es gelang der Feuerwehr, acht Familien zu retten, dagegen kam eine ganze Familie von fünf Personen in den Flammen um.

Ueber das deutsche Reichs-Bienenzuchtmuseum in Weimar schreibt Herr Pfarrer F. Gerstung in Ohmannstedt u. a. folgendes: Seit langen Jahren hat mich der Gedanke der Gründung eines Bienenzuchtmuseums im Herzen Deutschlands schon beschäftigt. So weit der Plan seit langem war, so schwierig gestaltete sich die Ausführung. Es handelte sich nicht nur um die Auffindung einer möglichst günstig gelegenen Stadt, sondern auch um die Bereitstellung zweckmäßiger Räumlichkeiten; weiterhin um eine für das Unternehmen opferwillige städtische und staatliche Verwaltung und nicht zuletzt um die geeigneten Persönlichkeiten, welche, mit der nötigen Sachkenntnis ausgerüstet, sich selbstlos in den Dienst der guten Sache zu stellen bereit sind. Wir sind jetzt in der Lage, erklären zu können: Es trifft alles überaus günstig zusammen, um das Zustandekommen des Reichs-Bienenzuchtmuseums zu ermöglichen. Am Ende des vorigen Jahres wurde mir mitgeteilt, daß in dem städtischen naturhistorischen Museum in Weimar genügende Räumlichkeiten zur Aufstellung des Reichs-Bienenzuchtmuseums zur Verfügung gestellt werden könnten. Ich habe daraufhin einen ausführlichen Plan ausgearbeitet und nach Prüfung und Annahme durch eine Sachverständigenkommission an den Gemeindevorstand der Residenzstadt Weimar eingereicht. Der Herr Oberbürgermeister, Geheimer Regierungsrat Pabst, hat diesen Plan geprüft und seine Durchführbarkeit erkannt. Der Herr Oberbürgermeister hat mich dann noch zu einer persönlichen Besprechung eingeladen, bei welcher ich den Eindruck gewonnen habe, daß die Stadt Weimar das Reichs-Bienenzuchtmuseum als städtische Angelegenheit übernehmen wird. Der Herr Oberbürgermeister hat die Angelegenheit der städtischen Museumskommission zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt. Der Beschluß war der denkbar erfreulichste und ist die sichere Grundlage für die Schöpfung unseres deutschen Reichs-Bienenzuchtmuseums. Weiterhin sei darauf hingewiesen, daß der Kustos des städtischen Museums in Weimar, Herr Möller, für unser Museum tätig sein wird. Schließlich hat sich im Landesverein für Bienenzucht im Großherzogtum Sachsen ein Ausschuß zum Zwecke der Durchführung des Planes gebildet, dessen Vorsitzender der Schreiber dieser Veröffentlichung ist. Um nun gleich von vorn herein jedem möglichen Vorurteil vorzubeugen, erkläre ich, daß nach Lage der gegenwärtigen Organisationsverhältnisse der deutschen Imkerwelt das Reichs-Bienenzuchtmuseum zunächst nur als ein Unternehmen des Reichsvereins und dessen Mitgliedes, des Landesvereins für Bienenzucht im Großherzogtum Sachsen, ins Leben treten konnte, daß aber von mir auch den städtischen Behörden in Weimar gegenüber schon der sicheren Hoffnung Ausdruck gegeben worden ist, daß in diesem Jahre in Frankfurt a. M. die Einigung aller deutschen Imkerverbände zustande kommen werde und daß dann das Museum zu einer gemeinsamen Sache der im Reichsverband geeinten deutschen Imkerwelt werden solle. Nachdem nunmehr alle Vorbereitungen für die Durchführung des Reichs-Bienenzuchtmuseums getroffen sind, übergeben wir den Plan der großen Oeffentlichkeit mit der Bitte, unsere Sache nach allen Seiten hin tatkräftig zu unterstützen durch Einsendung aller mit der Bienenzucht irgendwie in Beziehung stehenden Gegenstände. Wir bitten, möglichst auf Entschädigung für die eingesandten Gegenstände zu verzichten, auch, wenn irgend möglich, die Sachen frachtfrei oder portofrei einzusenden. Die für das Museum bestimmten Gegenstände sind an das städtische naturhistorische Museum, Herrn Kustos Möller in Weimar, zu adressieren. Anfragen, ob geeignete Gegenstände dem Museum zugeführt werden können, sind an uns zu richten (Adresse: Pfarrer F. Gerstung, Ohmannstedt bei Weimar). Die Gegenstände gehen ohne Ausnahme in das Eigentum der Stadt Weimar über. Da mit dem Museum eine Zentralbibliothek für alte und neue Bienenzuchtliteratur verbunden werden soll, ersuchen wir alle Verlagsbuchhandlungen um kostenlose Uebersendung je eines Exemplars ihrer Bienenzuchtschriften. Erwähnt sei noch, daß das Reichs-Bienenzuchtmuseum drei Abteilungen umfaßt: I. Historische Abteilung: Geschichtliche Entwickelung der Bienenzucht der ganzen Welt. II. Permanente Ausstellung aller neuen Erscheinungen auf dem Gebiete der modernen Bienenzucht. III. Lehrmittelsammlung zur Benutzung für die Kurse des Reichs- und der Landesvereine. — Nun zum Schlusse die herzliche Bitte: Betrachte jeder deutsche Imker und Imkerverein das Reichs-Bienenzuchtmuseum für seine eigene Angelegenheit und unterstütze er es in jeder Hinsicht. Vor allen Dingen führe er alle interessanten Gegenstände, welche auf die Entwickelung der Bienenzucht Bezug haben, aus aller und neuer Zeit dem Museum zu. Mit vereinten Kräften wird auch ein großes Werk leicht getan!

Provinz Sachsen und Umgebung.

Z. **Herzberg** (Elster), 11. Febr. (Der „Fastnachtshase".) Man schreibt uns: In einem Dorfe unseres Kreises hatte ein ehrsamer Meister bei der letzten Hasenjagd einen feisten Achtpfünder für schwere 3 Mk. 40 Pfg. erstanden. Mit der Beute schwer beladen, eilte er seiner heimatlichen Klause zu. Hoch oben am Giebel seines altertümlichen Hauses erhielt Freund Lampe seinen Platz. Er sollte erst noch „hängen", um dann als Fastnachtshase verzehrt zu werden. An der Stammtischrunde des Dorfgasthofes kam öfter als einmal der Fastnachtshase auf die Tagesordnung. Unser Meister schwelgte schon im Vorgenuß des feisten Hasenbratens. Doch wenige Tage vor den Orts-Fastnachten feierte sein Busenfreund und Gevatter im Kreise seiner „Schaffkopfbrüder" seinen Geburtstag. Groß war das Erstaunen des eingeladenen Meisters, als es neben dem üblichen „Fäßchen" auch Hasenbraten, sehr saftig und schön, gab. Er strich mehr als einmal sein wohlgepflegtes Bäuchlein und sagte wiederholt: „Du wirst mir mit Deinem Braten die ganze Fastnachtsfreude verderben." Nur zu wahr hatte der Hasenliebhaber gesprochen. Als er nach zwei Tagen seinen Festbraten aus der luftigen Höhe herabnehmen wollte, mußte er zu seinem größten Schrecken wahrnehmen, daß sein Freund Lampe „aus der Haut gefahren" war. Nur diese, fest angefüllt mit Sägespänen, hing noch da. Eine trübe Ahnung stieg in ihm auf. Doch er selbst fuhr nicht aus der Haut, geriet auch nicht einmal in die Wolle. Großmütig verzieh er dem „freigebigen Freunde", der ihm den Schabernack gespielt hatte.

i. **Droyßig**, 10. Febr. (Landwirtschaftlicher Verein.) Unter zahlreicher Beteiligung feierte vergangene Woche der landwirtschaftliche Verein Weißenborn sein 22. Stiftungsfest, verbunden mit der zehnjährigen Erinnerungsfeier an das Bestehen der Spar- und Darlehnskasse. Anläßlich dieses Festes überbrachte Herr Buhler-Halle persönlich die Glückwünsche der Zentral-Genossenschaft. Desgleichen liefen Depeschen und Glückwunschschreiben ein vom Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften und vom Landrat des Kreises Weißenfels, Herrn Grafen von Unruh. Im Anschluß an das Kaiserhoch gab der Vorsitzende des Vereins, Herr Amtsvorsteher Kluge aus Stolzenkaiz, einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Spar- und Darlehnskasse in Weißenborn. Diese zählte 1897: 38, 1907: 73 Mitglieder. Der Umsatz betrug 1897: 118 000 Mk., 1906: 468 000 Mark. Mehrere Trinksprüche ernsten und heiteren Inhalts wurden noch ausgebracht. Ein Ball hielt die Festteilnehmer noch lange in fröhlicher Stimmung beisammen.

W. **Rudolstadt**, 10. Febr. (Landtag.) Eingegangen sind zur Sitzung am 8. cr. einige kleinere Resolutionen und Gesuche, welche den Ausschüssen überreicht werden. Die Wahl des Abgeordneten Herold wird als gültig erklärt. Es folgt zunächst der Bericht des Landtagsausschusses über die Revision der Landeskassenrechnung der Jahre 1903—1905. Der Titel Einkommensteuer hat erhebliche Mehreinnahmen gebracht. Auch die Gewerbe- und Betriebssteuer hat mehr gebracht, wie im Etat vorgesehen war. Die Erbschaftssteuer erbrachte ebenfalls mehr. Die Titel Tierärzte, Hochbau, Kultuszwecke werden ohne erhebliche Debatte genehmigt. Schließlich wird noch beantragt, die Regierung möge baldmöglichst eine Revision des Gesetzes betr. das Taxationswesen von Grundstücken vornehmen.

W. **Greiz**, 10. Febr. (Dem Landtage) ging eine Petition des Arbeitgeberverbands für das Baugewerbe des Fürstentums um Aufhebung der Besitzwechselabgaben zu. Die Regierungsvorlage betr. Herabsetzung der Pensionsbeiträge der Geistlichen, Lehrer und Kirchendiener wurde angenommen. Danach haben diese nunmehr zu zahlen jährlich ein Prozent ihres Diensteinkommens zum Pensionsfonds für ihre eigene, wie für die Witwen- und Waisenpension. Außerdem haben die genannten Beamten bei ihrer Anstellung ein Prozent ihres Jahreseinkommens zu zahlen und bei erfolgter Beförderung oder Gehaltserhöhung ein Prozent von der Summe, um welche ihr jährliches Einkommen dadurch erhöht wird.

— **Aue**, 11. Februar. (Flüchtiges Pärchen.) Flüchtig geworden ist ein hiesiger Hausbesitzer und Malermeister, der seine Frau verließ, um mit der Ehefrau eines Hausgenossen Aue den Rücken zu kehren. Er war mit der Frau bei spiritistischen Sitzungen bekannt geworden, wo die Ehefrau meist das Medium abgab. Das ungetreue Pärchen (der Mann steht im 37. und die Frau im 46. Lebensjahre) ist spurlos verschwunden.

Oeffentliche Stadtverordnetenversammlung.

—e. Halle a. S., 11. Februar 1907.

Vorsitzender: Stadtverordneten-Vorsteher Geh. Kommerzienrat Stedner.

Im **Einlauf** befindet sich eine Petition von Halleschen Kaufleuten gegen eine Verkürzung der Arbeits- bezw. Geschäftszeit an Sonntagen, welche der Petitionskommission überwiesen wird, eine Petition des Lehrergesangvereins gegen die beabsichtigte Aufteilung des Volksschulsaales an der Neuen Promenade in kleinere Schulräume, die um 14 Tage zurückgelegt wird, und einige unwesentliche Petitionen.

Es wird sodann in die Tagesordnung eingetreten.

1. **Festsetzung des Haushaltsplanes der Gas- und der Wasserwerke.** Berichterst. Stadtv. Knabe. — Der Versammlung wird beantragt, die Haushaltspläne der Gaswerke und der Wasserwerke für 1907 zu prüfen und festzusetzen. (Die einzelnen Positionen der Haushaltspläne sind in der „Halleschen Zeitung" bereits vorige Woche mitgeteilt worden. Red.) — Die beiden Haushaltspläne werden ohne wesentliche Debatte genehmigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190702122-12/fragment/page=0002

2. **Erweiterung der Gasanstalt I und Mittelsbewilligung.** Berichterst. Stadtv. Zell. — Der Magistrat hat beschlossen, die Erweiterung der Gasanstalt I nach Maßgabe des Erläuterungsberichts des Kuratoriums der Gas- und Wasserwerke zu genehmigen und sich damit einverstanden zu erklären, daß die erforderlichen Mittel in Höhe von 475 000 Mk. mit 375 000 Mark aus dem Erneuerungsfonds und den sonstigen Vermögen der Gasanstalt und die übrigen 100 000 Mk. als Darlehn aus dem städtischen Vermögen, den bereiten Mitteln der Kämmerei entnommen werden gegen 4 Proz. Verzinsung und 5 Proz. jährliche Tilgung. Der Versammlung wird beantragt, diesem Beschlusse zuzustimmen. Ohne Debatte wird die Vorlage nach dem eingehenden Referat angenommen und die geforderte Summe nach dem Magistratsantrag bewilligt.

3. **Umlegung der Gas- und Wasserleitungen in der Linden- und Südstraße.** Berichterst. Stadtv. Zell. — Die Magistratsvorlage führt in der Begründung der Vorlage folgendes aus: Die Gasrohrleitung in der Merseburgerstraße hat bis jetzt gerade noch genügt, den immer größer werdenden Konsum in diesem Stadtteil zu decken. Nun beabsichtigt aber die Zimmermannsche Maschinenfabrik, den größten Teil ihres Gaskonsums aus der städtischen Leitung zu entnehmen, so daß die jetzigen Einrichtungen auf die Dauer nicht mehr genügen werden. Es wird deshalb vorgeschlagen, der Merseburgerstraße eine neue starke Gaszuführung zu geben und zwar vom Rannischen Platze aus, bis zu welchem im nächsten Jahre von der Gasanstalt I aus eine starke Rohrleitung verlegt wird. Gleichzeitig mit dieser Leitung zwischen dem Rannischen Platze und der Merseburgerstraße soll auch die Wasserleitung umgelegt werden, da die Lindenstraße, durch welche die Stränge führen, gepflastert werden soll. Außerdem soll die Südstraße von der Lindenstraße bis zur Streiberstraße bei dieser Gelegenheit mit einer neuen Gasleitung versorgt werden. Die Unkosten für die Gasanstalt betragen 35 000 Mk. Da aber die Gasanstalt nicht im Besitze dieser Summe ist, so muß sie durch eine Anleihe aufgebracht werden. In der Anleihe von 1900 sind noch „Neubau eines Gasbehälters" und „Anlage weiterer Gaszuführungsrohre" 53 400 Mk. disponibel. Magistrat hat in Uebereinstimmung mit dem Kuratorium der Gas- und Wasserwerke beschlossen, die Kosten der Gasleitung in der Linden- und Südstraße in Höhe von 35 300 Mk. aus dieser Anleihe zu decken, die Kosten der Wasserleitung in Höhe von 14 500 Mk. aber dem Erneuerungsfonds des Wasserwerkes zu entnehmen. — Die Vorlage wird genehmigt und die geforderte Summe bewilligt.

4. **Anlage einer öffentlichen Wage vor dem Grundstück Klosterstraße Nr. 5.** Berichterst. die Stadtv. Emmer und Kobe. — Die Straßenreinigungs-Deputation hat die Anlage einer öffentlichen Wage vor dem Straßenreinigungs-Depot Klosterstraße Nr. 5 angeregt. Das vom Hochbauamt aufgestellte Projekt nebst Kostenanschlag hat die Zustimmung des Magistrats und der Straßenreinigungs-Deputation gefunden. Die Bedienung der Wage soll durch den Futtermeister der Lehranstalt erfolgen, welcher ohne besonderes Entgelt gleichzeitig mit als Wäger angestellt werden soll. Der Versammlung wird beantragt, die durch Anlage der Wage entstehenden Kosten in Höhe von 2550 Mk. aus dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds zu bewilligen. — Dies geschieht.

5. **Verlängerung des Straßenkanals in der Turmstraße.** Berichterst. Stadtv. Zell. — Die Firma Weise u. Monski hierselbst beabsichtigt, an der Turmstraße gegenüber dem Bahnhof der Halle-Gettstedter Eisenbahn ein Fabrikgebäude zu errichten. Die Polizei-Verwaltung hat die Erteilung der Bauerlaubnis von der Schaffung einer ordnungsmäßigen Entwässerung abhängig gemacht. Der in der nördlichen Turmstraße vorhandene Straßenkanal endet vor dem beabsichtigten Neubau; er muß daher nach Süden entsprechend verlängert werden. Nach dem zwischen der Stadtgemeinde und dem Justizrat Herold hierselbst unterm 20. April 1898 abgeschlossenen Vertrage über Herstellung eines Tonrohrkanals in der Turmstraße ist die Stadtgemeinde verpflichtet, genannte Straße nach Maßgabe der fortschreitenden Bebauung mit einem Kanal zu versehen, während andererseits Justizrat Herold gehalten ist, der Stadtgemeinde die sämtlichen hierdurch entstehenden Kosten nach Beendigung der Arbeiten zu erstatten. Für die jetzt in Frage kommende Kanalstrecke hat die Firma Weise u. Monski diese Verpflichtung übernommen und auch bereits eine entsprechende Sicherheit hinterlegt. Der Versammlung wird beantragt: 1. die Verlängerung des Straßenkanals in der Turmstraße um etwa 30 Meter nach Maßgabe des Kostenanschlages nebst Zeichnung genehmigen und 2. die Mittel zur Deckung der voraussichtlichen Kosten im Betrage von 1200 Mk. à conto Anleihe bewilligen zu wollen. Nach Herstellung der Kanalstrecke werden die aufgewendeten Kosten dem Anleihe-Fonds aus der durch die Firma Weise u. Monski hinterlegten Sicherheit wieder zugeführt werden. — Die Vorlage wird in der beantragten Form angenommen.

6. **Beschaffung von Inventarienstücken für die Handels- und Gewerbeschule für Mädchen.** Berichterst. die Stadtv. Wolff und Engelcke. — Der Schulvorstand der staatlich-städtischen Handels- und Gewerbeschule für Mädchen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 1906 anerkannt, daß zur Ausstattung der Klassenräume, des Amtszimmers der Schulvorsteherin und des Lehrerinnenzimmers die von der Schulvorsteherin beantragten und von dem Hochbauamte in den aufgestellten Kostenanschlägen aufgeführten Gegenstände notwendig sind. Der Magistrat hat beschlossen, daß die Kettigbänke, mit welchen die 8 Klassenzimmer zurzeit ausgestattet sind, der Mittelschule an der Charlottenstraße überwiesen werden sollen. Dadurch wird ein Wunsch des Rektors Grothe, weitere Klassen seiner Schule mit Kettigbänken auszustatten, erfüllt, ohne daß neue Mittel aufzuwenden sind. Zugleich wird beschlossen, den Verkauf der alten Bänke, welche in den Klassen der Mittelschule in der Charlottenstraße frei werden, öffentlich auszuschreiben, da die Bänke vielleicht in Dorfschulen noch Verwendung finden. Der Versammlung wird beantragt, vorstehenden Beschlüssen beizutreten und die nach dem Kostenanschlage des Hochbauamts nötigen 5510 Mk. zur Ausstattung der neuen Räume der Handels- und Gewerbeschule für Mädchen in der Mittelschule an der Klosterstraße aus Kap. XIX. Nr. 11 des Kämmerei-Haushaltsplanes zu bewilligen. — Es wird so beschlossen.

7. **Bauliche Veränderungen in der Mittelschule an der Klosterstraße.** Berichterst. die Stadtv. Wolff und Engelcke. Durch die Verlegung der Handels- und Gewerbeschule für Mädchen von der Handwerkerschule nach der Mittelschule an der Klosterstraße macht sich dorselbst die Vornahme einiger baulicher Veränderungen notwendig. Der Versammlung wird beantragt, die nach dem Anschlage des Hochbauamtes auf 460 Mk. ermittelten Kosten aus Kap. XIII F 1a des Kämmerei-Haushaltsplanes zu bewilligen. — Wird genehmigt.

8. **Weitervermietung des Kellers unter der Polizeiwache im Rathause.** Berichterst. Stadtv. Aßmann. — Der Versammlung wird beantragt, sich mit der Weitervermietung der unter der Polizeiwache im Rathause nach dem Markte zu belegenen beiden Keller nebst einem mit demselben in Verbindung stehenden hinteren Keller auf die 6 Jahre vom 1. Oktober 1907 bis dahin 1913 an den Kaufmann Friedrich Höfer und seine Tochter Etty Höfer für den bisherigen jährlichen Mietszins von 550 Mk. und unter den üblichen Bedingungen einverstanden zu erklären. Dies geschieht.

9. **Anmietung von Räumen für die Polizeiwache in Halle-Trotha.** Berichterst. Stadtv. Engelcke. — Der Magistrat hat beschlossen, das Haus Morlstraße Nr. 1 zur Einrichtung der Polizeiwache zu mieten. Der Versammlung wird beantragt, diesem Beschlusse zuzustimmen und sich namentlich mit dem mit dem Eigentümer des Grundstücks, Privatmann Ferdinand Heinrich, abzuschließenden Mietsvertrag, dessen Wortlaut mitgeteilt wird, einverstanden zu erklären. Die Versammlung stimmt ohne wesentliche Debatte zu.

10. **Bewilligung einer Umzugskostenbeihilfe.** Berichterst. Stadtv. Döhler. — Der Gartenninspektor Berckling hat um Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten seiner Uebersiedelung von Nürnberg nach Halle a. S. gebeten. Der Magistrat erkennt dieses Gesuch als berechtigt an. Die Frist zwischen seiner Einberufung und dem Dienstantritt ist eine so kurze, daß ihm hierdurch zweifellos höhere Ausgaben erwachsen sind. Die Versammlung stimmt zu, dem Genannten einen Zuschuß von 250 Mk. aus dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds zu bewilligen.

Verlesen wurde noch ein Dankschreiben des Stadtältesten Stadtrat Keferstein, der für die ihm anläßlich seines 70. Geburtstages erwiesenen Ehrungen den städtischen Behörden seinen Dank ausspricht.

Hierauf geschlossene Sitzung.

Letzte Telegramme.

Berlin, 12. Febr. Dem „Berl. Lokalanz." zufolge hat der Reichskanzler im Sinne des bekannten Geburtstagserlasses des Kaisers den Staatssekretär des Reichsjustizamtes mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs beauftragt, durch den, soweit es möglich ist, eine Einschränkung der Anklagen wegen Majestätsbeleidigung erreicht werden soll. Der Entwurf soll dem Reichstage möglichst noch in dieser Session vorgelegt werden.

Berlin, 12. Febr. Der neugewählte konservative Abgeordnete für Sagan-Sprottau, v. Bolko, ist schwer erkrankt und mit den Sterbesakramenten versehen worden.

Posen, 11. Febr. Bei der hiesigen Kreisbehrerkonferenz teilte der Schulrat mit, daß der Schulstreik in der letzten Zeit auf der ganzen Linie zurückgegangen sei. Dem Anschein nach würde er bald sein Ende erreichen.

Rom, 11. Febr. Als in der Via Arenula von einem Straßenbahnwagen ein Kind überfahren wurde, stürzten aus allen Häusern des Volksquartiers Loregola mit Besen, Hacken und Beilen bewaffnete Leute auf das Personal des Wagens unter dem Rufe: In den Tod mit ihnen! Die Beamten entgingen nur durch schleunigste Flucht dem sicheren Lynchgericht. Nun wandte sich die Wut der Menge gegen den Straßenbahnwagen, der in wilder Flucht von den Fahrgästen verlassen und in wenigen Minuten zertrümmert wurde. Einem später ankommenden Wagen widerfuhr dasselbe Schicksal. Die hinzukommende Polizei wurde mit einem Steinhagel empfangen und nur unter Anwendung großer Geduld konnte sie sich als Herr der Situation behaupten.

Teheran, 11. Febr. Der Schah ließ am Abend dem Parlament eine Kundgebung zugehen, in der er die Erfüllung aller Wünsche des Volkes zusagt und auch ausdrücklich gestattet, daß die Regierung des Landes als eine konstitutionelle bezeichnet wird. Die Kundgebung des Schahs wurde nach Tabris telegraphiert, wo eine Volksmenge das Arsenal besetzt und die Bureaus der Verwaltung geschlossen hatte. Gegenwärtig ist die Ruhe dort vollständig wiederhergestellt.

Tanger, 11. Febr. Nachrichten aus El Kar bestätigen, daß Raisuli sich noch in Tazerut aufhält, wo er vor etwa 14 Tagen mit 50 Bewaffneten eintraf. Raisuli wurde dort nur widerwillig aufgenommen.

Athen, 11. Febr. Die Kammer hat heute ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Die Mehrheit ist nach wie vor regierungsfreundlich.

Wetter-Aussichten auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte in Hamburg. (Nachdruck verboten.)

Dienstag, 12. Februar: Veränderlich, wärmer, windig.
Mittwoch, 13. Februar: Normal, wolkig, Niederschläge; Sturmwarnung.

Wasserstände. (Letzte amtliche Nachrichten.)

Saale: Halle + 2,00, Trotha + 2,12, **Alsleben** + 1,84 **Bernburg** + 1,40, **Calbe**, Oberpegel + 1,80, **Calbe**, Unterpegel + 1,10. — **Unstrut:** Straußfurt + 1,30 **Moldau:** Budweis — 0,02, **Prag** + 0,10. — **Havel:** Brandenburg, Oberpegel + 2,40. **Brandenburg**, Unterpegel + 2,99, **Rathenow**, Oberpegel + 1,04, **Rathenow**, Unterpegel + 1,60, **Havelberg** + 2,59. — **Elbe:** Pardubitz + 0,10 **Brandeis** + 1,66, **Melnik** — 0,16, **Leitmeritz** — 0,11, **Aussig** + 0,50 **Dresden** — 1,31, **Torgau** + 0,81, **Wittenberg** + 1,83, **Roslau** + 1,19, **Aken** + 1,50, **Barby** + 1,56, **Magdeburg** + 1,34, **Tanermünde** + 2,25, **Wittenberge** + 2,07, **Lenzen** + 4,04, **Dömitz** + 3,17, **Darchau** + 3,40 **Lauenburg** + 1,63.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

—y. **In der Sitzung des Aufsichtsrates der Bremer Wollkämmerei** am 11. cr. wurde die Abrechnung für das verflossene Geschäftsjahr vorgelegt. Es wurde beschlossen, der auf den 19. März einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 14% bei reichlichen Abschreibungen vorzuschlagen.

—y. **Der Aufsichtsrat der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechselbank** beschloß in seiner Sitzung am 11. cr., der Generalversammlung vorzuschlagen, 14% Dividende zu verteilen, der ordentlichen Reserve 500 000 M zuzuführen, dem Witwen- und Waisen-Unterstützungsverein der Beamten der Bank 25 000 M zu überweisen und 213 963 M einstweilen auf neue Rechnung vorzutragen, die Direktion indessen zu ermächtigen, hiervon dem Verein weitere 175 000 M zu überweisen, wenn die Steuerfreiheit dieser Ueberweisung anerkannt werden sollte.

—y. **Die Canada-Pacific-Bahn** erklärte eine Halbjahrsdividende von 3% und eine Extradividende von ½%.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

L. Hamburg, 11. Febr. Tägliche ausländ. Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats **Weizen:** Kansas II Febr. 191 M, Bahia Blanca 80 kg Jan./Febr. 193 M, 79 kg März/April 192½ M, 78 kg März/April 191½ M, Rosafé 80 kg Jan./Febr. 194 M, Febr./März 193½ M, Karachi weiß Febr./März 196½ M. — **Roggen:** Südrussl. 9 Pud 5 Febr./März 178 M. — **Futtergerste:** Südrussl. 60/61 kg lad. gelad. 132½ M bz., Febr. 131½ M bz., März 131 M, Juli 123½ M bz. — **Mais:** Mixed Dampfer „Pensylvania" 127 M bz., Febr. 126¾ M bz., März 127 und 127¼ M bz., April/Aug. 128½ M, Juli/Sept. 130 M, La Plata schwim. 129 M bz., April/Mai 129¾ M, Donau-Balg. Mai/Juni 126¼ M bz., Juni/Juli 126½ M.

— **Berlin**, 11. Febr. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: **Weizen**, inländ. 185,00—187,50 M ab Bahn. **Roggen**, inländ. 173,00—175,00 M ab Bahn, Mai 180,25—183,00 M. **Hafer**, märk., mecklenb., pommr., preuß. pos. u. schles. feiner 180,00—185,00 M, mittel 176,00—180,00 M, gering 170,00—175,00 M ab Bahn und frei Wagen. **Mais**, amerikan. 145,00—147,00 M, runder 146,00—148,00 M frei Wagen. **Gerste** inländ. Futtergerste mittel und geringe 142,00—160,00 M, gute 161,00 bis 172,00 M, russische und Donau leichte 138,00—142,00 M, schwere —,— M ab Bahn und frei Wagen. **Erbsen**, inländ. und ausländ. Futter- und Taubenerbsen 163,00—175,00 ab Bahn und frei Wagen. **Weizenmehl** 00 23,75—26,00 M, **Roggenmehl** 0 und 1 23,00—25,00 M. **Weizenkleie** 11,00—11,70 M, **Roggenkleie** 11,50—11,90 M. **Preise um 2½ Uhr:** Weizen steigend; Mai 191,75 M, Juli 193,00 M. Sept. 184,75 M. Roggen steigend; Mai 182,50 M, Juli 183,00 M, Sept. 169,75 M. Hafer steigend; Mai 179,50 M, Juli 180,50 M. Mais fest; Mai 133,00 M, Juli 130,50 M. Rüböl steigend, Februar 68,20 M, Mai 64,50 M, Oktober 57,30 M.

L. Weltmarkt. Berlin, 11. Febr. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) **Weizen:** Berlin, 755 gr., Mai 191,75, Juli 193,00. New-York, Red Wint. 2, loko 133,00, Mai 134,20. Chicago, Northern I Spring Mai 124,90, Juli 123,90. Liverpool, Red Wint. 2, März 149,45. Paris, Lieferungsw., Febr. —,—. Budapest, Lieferungsw., April 127,85. Odessa, Ulka $92^{2}/_{90}$ 3—4% Bes. einschl. Bordospes., loko 130,70. Buenos-Aires, Durchschn.-Qual. bordx., —,—. **Roggen:** Berlin 712 gr., Mai 182,50, Juli 183,00, Odessa, $91^{0}/_{15}$ einschl. Bordospes. loko 117,60. **Hafer:** Berlin 450 gr. Mai 179,50, Juli 180,50. **Mais:** Berlin, Lieferungsw., Mai —,—, New-York mixed, Mai 88,95. Buenos-Aires, Durchschn. Qual. bordx., —,—.

Dünge- und Futtermittel.

— **Magdeburg**, 11. Febr. Dünge- und Futtermittel. (J. F. Lahne.) Chilisalpeter 15—16% Lieferung Frühjahr 1907 10,90 M, schwefels. Ammoniak 20% Frühjahr 1907 a 63 ₰, aufgeschloss. Peruguano 7 + 9% 8,10 M, Ammoniak-Superphosphat 9 + 9% 8,20 M, Superphosphat 17—19% 18¾ ₰, Baumwollsaatmehl, entfasert 55 bis 58% 7,85 M, Texas 55—58% 7,75 M, Erdnußkuchenmehl 52—56% 7,55 M, Sesamkuchenmehl 50—52% deutsches —,— M, Maizenkuchen 26—30% 6,75 M, Kokoskuchen, deutsche 30—33% 7,80 M, Palmkernkuchen, deutsche 23—26% 6,60 M, Leinsaatkuchen, deutsche 36 bis 40% 7,50 M, Rapskuchen, deutsche 40—43% 6,85 M, Mohnkuchen, deutsche 42—45% 6,50 M, Reisfuttermehl aus deutschen Schälmühlen 24—28% 5,00 M, helle Biertreber 26—30% 5,25 M. Valität frei ab Magdeburg bei 200 Ztr.-Ladungen. Stickstoffsalz 18—22% 56 ₰ Stickstoff ab Egeln.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Berlin**, 11. Febr. Kartoffelmehl 17,00—17,50 Mk., Kartoffelmehl 17,00—17,50 Mk., feuchte Stärke 9,00 Mk.

Spiritus.

— **Hamburg**, 11. Februar. Spiritus fest, Februar 19 G., Februar-März 19 G., März-April 19 G.

Hopfen.

— **Nürnberg**, 11. Februar. (Hopfenbericht.) Heutige Preise für: Geringe Marktwaren bis 75 M, mittel do. bis 90 M, prima do. bis 95 M, Gebirgshopfen bis 105 M, mittel Aischgründer bis 90 M, prima do. bis — M, geringe Hallertauer bis 70 M, mittel do. bis 80 M, prima do. bis 110 M, Hallertauer Siegelgut (Nu-Wolnzach) bis 115 M, mittel elsäßer bis 95 M, prima do. bis 110 M, mittel badische bis 95 M, prima do. bis 120 M, geringe württemberger bis 78 M, mittel do. bis 100 M, prima do. bis 112 M, mittel posener bis 95 M, prima do. bis 105 M, Spalter Land, leichte Lagen bis 110 M. Für Auswahl aus Partien werden einige Mark mehr bezahlt.

Oele und Oelfrüchte.

— **Hamburg**, 11. Febr. Rüböl fest, loko verzollt 68,00.

— **Amsterdam**, 11. Februar. Leinöl fest, loco 23, März $22^{7}/_{8}$, Juni-August $22^{1}/_{8}$, September-Dezember $22^{7}/_{8}$, Januar-April $22^{3}/_{4}$.

W. Pest, 11. Februar. Raps per August 13,00 Gd., 13,10 Br.

Zucker.

W. Hamburg, 11. Febr. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo per Februar 17,80, per März 17,85, per Mai 18,10, per August 18,40, per Oktober 18,20, per Oktober-Dezember 18,05. Tendenz: Ruhig.

W. London, 11. Febr. 96% Java-Zucker loko fletig, 10 sh. — d. Verk. Rüben-Rohzucker loko fletig, 8 sh. $9^{1}/_{2}$ d. Wert.

Kaffee.

— **Hamburg**, 11. Februar. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos März 31¾ G., Mai 32 G., September $32^{3}/_{4}$ G., Dezember 33¼ G. Tendenz: Behauptet.

— **Havre**. 11. Februar. Kaffee. Good average Santos März 39,50, Mai 39,75, September 40,25, Dezbr. 40,75. Tendenz: Schwach behauptet.

— **Amsterdam**, 11. Febr. Java-Kaffee, good ordinary, ruhig, loko 31.

W. Rio de Janeiro, 9. Febr. Kaffee. Zufuhren 11 000 Sack in Rio, 29 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 11. Febr. Baumwolle. Ruhig. Upland middling loco 55¾ Pfg.

— **Antwerpen**, 11. Febr. Wolle. La-Plata-Rue Type B. April 5,57½ Käufer Dezember 42½ Verkäufer. Behauptet.

— **Liverpool**, 11. Febr. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Tendenz: Willig.

Amerikan. good ordinary Lieferungen: Willig. Per Febr. 5,54, per Febr.-März 5,51, per März-April 5,50, per April-Mai 5,58, per Mai-Juni 5,57, per Juni-Juli 5,55, per Juli-August 5,52, per Aug.-Sept. 5,47, Sept.-Okt. 5,43, Okt.-Nov. 5,38.

Petroleum.

— **Hamburg**, 11. Febr. Petroleum behpt., Standard white loko 6,80 Br.

Metalle.

— **Amsterdam**. 11. Februar. Banckzinn fest, loco 114½.

— **London** 11. Febr. Silber 31¾ Lstrl. Chili-Kupfer $106^{3}/_{4}$ Lstrl., per 3 Monat $107^{1}/_{4}$ Lstrl. Blei, span. $19^{5}/_{16}$ Lstrl., engl. $19^{7}/_{8}$ Lstrl., Zinn $192^{1}/_{4}$ Lstrl., Zink $25^{3}/_{4}$ Lstrl.

— **Glasgow**. 11. Febr. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 56 sh. 6¾ d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Leipzig**, 11. Febr. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb: 486 Rinder, und zwar 166 Ochsen, 23 Kalben, 193 Kühe, 104 Bullen; 247 Kälber; 617 Stück Schafvieh; 1732 Schweine, und zwar 1732 deutsche; zus. 3082 Tiere. Preise: Ochsen: I. 65, II. 61, III. 55, IV. 68 M für 50 kg Schlachtgew. Kalben und Kühe: I. 80, II. 76, III. 70, IV. 64, V. 58 M für 50 kg Schlachtgew. Bullen: I. 79, II. 75, III. 70 M für 50 kg Schlachtgew. Kälber: I. 60, II. 57, III. 48, IV. — M für 50 kg Lebendgew. Schafe: I. 42, II. 40, III. 38 M für 50 kg Lebendgew. Schweine: I. 61, II. 59, III. 56, IV. 53—58 M für 50 kg Schlachtgew. Verkauf: 463 Rinder, und zwar 148 Ochsen, 23 Kalben, 192 Kühe, 100 Bullen, 247 Kälber, 433 Schafe, 1723 Schweine. Geschäftsgang: Rinder, Ochsen, Kalben, Kühe, Bullen, mittelmäßig, Kälber gut, Schafe mittelmäßig, Schweine mittelmäßig.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 11. Febr. Roter Winter-Weizen loko $85^{7}/_{8}$, per März —,—, per Mai $86^{3}/_{8}$, per Juli $85^{7}/_{8}$, per Septbr. —,—, Mais per Mai $53^{3}/_{8}$, per Juli $53^{3}/_{8}$, per Sept. —,—. Mehl 3,25. Getreidefracht nach Liverpool $1^{3}/_{4}$.

W. Chicago, 11. Febr. Weizen per Mai $80^{1}/_{4}$, per Juli $79^{1}/_{2}$. Mais per Mai $46^{5}/_{8}$.

W. New-York, 11. Febr. Petroleum Standard white in New-York 7,75, do. in Philadelphia 7,70, do. in Refined Cases 10,25, do. Credit Balances at Oil City 163.

W. New-York, 11. Febr. Schmalz Westernsteam 10,35, Rohe und Brothers 10,45.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebensleben; für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Lokales: Hermann Behle, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190702122-12/fragment/page=0003

'Die Rubrik in Cursivschrift giebt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Oct.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.	q₁ quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Fbr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.	q₂ do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.	q₃ do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 11. Febr. 1907

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½ M. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin, Bankdiskont 6%, Lombardzinsfuss 7%, Privatdiskont 4⅛%.

Nachdruck verb.

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuss vor den Kursen angegeben. Bei den Dividendenwerten (Industrie-, Bank- u. Bahn-Aktien) betragen die usancenmässigen Stückzinsen 4 pCt. und zwar werden diese vom Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tage des Kaufes gerechnet. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genussscheine werden frei von Zinsen in Mark pro Stück, notleidende Papiere in Prozenten notiert.

Dtsch Fonds u. Staats-Pap.

Dt.Reichs-Schtz	v	3½	98.80G
do. 1905 u. 07	d	3½	98.80G
Dt.Reichs-Anl.	v	3½	97.80bG
do. do.	v	3	86.60bG
Preuss.cons.Anl	v	3½	98.00bG
do. do.	v	3	86.60bG
Bad.Stb.-Anl.01	a	4	101.50bG
do. do. 02	d	3½	96.10bG

HessLHPf.VI-VIII	a	3½	96.75G
do. do. IX-XI	a	3½	96.75G
do.Com.Obl.I-II.	a	3½	96.75G
Sachs. Altb. L.O.	v	3½	98.00
Schs.Lw Pf.XXIII	a	4	102.00G
do. do. b.XXV	v	3½	96.90B
do. Crdbr.b.XXII	a	4	102.00G
do. do. b.XXV	v	3½	96.90B

Renten-Briefe.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Maastr.	1	6½	119.75G
do. Genusssch.		13	162.50G
Braunschw. Ldb.	1	6½	146.30b
Bröltaler	1	2½	57.50G
Crefelder	1	6	148.50G
Eutin-Lübecker	1	3½	89.50bG
Frankf. Güterb.	1	4	—.—
Halberst. Blank.	1	5½	128.90B

St. Louis San Fr.	a	5	—.—
do. do.	a	4	82.60b
St.Louis S. West.	a	4	—.—
do. II. Inc. B.	a	4	—.—
Tehuantepec GA	a	5	102.80B

Deutsche Hypoth.-Pfandbr.

Anh.-Dess. Pfdb.	a	3½	99.25G
Berlin. Hyp.-Bk.	v	4	99.10bG

Dt.Nied.Tel.Ges.	a	*4	100.50bB
Dt.Uebers Elkt.	2	5	105.00B
Donnersmarckh	d	*3½	96.90B
do. unk. 1906	a	*4	100.20B
Dortm.Un.rz110	d	*5	110.50G
do. 100	d	*5	102.10b
do. 100	a	*4	97.50G
Elberf.Papierf.3	a	4½	101.00B
Elektr. Hochb. 5	d	4	104.00B

Rh. Westf. Bodcr.	1	8	157.00G
do. Westf. DiscG.	1	8	138.25bG
Rostocker Bank	1	5½	120.10bG
Russ. B. f. a. H.	1	10	146.30bB
Sachsische Bnk.	1	6	142.50bG
Schaaffh. Bankv.	1	8½	158.50bB
Schles. Bankver.	1	7½	154.50G
do. Bod. Cr.-A.	1	8	160.00b
Schwarzb. Hyp. B	1	5	120.50G

Breitenburg. Cm	1	5	169.00b
Bremer Gas	1	6	—.—
Brem. Linoleum	1	19	227.00bG
do. Wollkm.	1	12	244.75G
Bresl. Klnb. Terr.	—	frc.	060.00G
do. Oelfabrik	6	frc.	—.—
do. Spritfabrik	O	16	253.00b
do. Wgf. Linke	1	16	290.00bG
do. do. V.-A.	1	4½	104.00G

HüstenGewksch.	7	7	123.50G
Hüttenh. Spinn.	1	6	94.00bG
HumboldMasch.	7	7½	127.60bG
Ilse Bergbau	1	16	376.00b
Intrn.Baug.St.Pr	1	12	225.00G
Jaensch & Co.	6	4	82.80G
Jeserich Asph.	1	0	65.75G
do. Vorz.-Akt.	1	5	99.50G
JessenitzKalibw	1	8	122.00G
Kahla Porzell	1	35	456.50bG

Schimisch. Ptl. C	1	11	158.00bG
Schimmel Msch.	5	7½	134.25b
Schles. Zinkhütt	1	21	445.00bG
do. Cellul.	7	7½	131.50b
do. Elkt. u. Gas	1	8	166.75G
do. do. Lit. B.	1	8	165.75G
do. Kohlen	7	7	146.00bG
do. Ln. Kramst.	9	0	23.25bB
do. Portl. Cem.	1	13½	183.50G
SchlossfSchulte	7	8½	138.10G